

Positionspapier Israel/Palästina

vom SADOCC-Vorstand einstimmig beschlossen am 4. November 2025

Solidarität ist unteilbar!

Immer wieder thematisieren unsere Partner in Südafrika und Namibia – aber auch in Österreich – die Entwicklung in Palästina, speziell in Gaza, und fordern einen SADOCC-Standpunkt dazu ein. Eingedenk der historischen und aktuellen Dynamiken der bilateralen Beziehungen zwischen Südafrika und Israel fassen wir diesen wie folgt zusammen:

1. Wir begrüßen den von den Vereinigten Staaten ausgehandelten Waffenstillstand in Gaza, die Freilassung der israelischen Geiseln und palästinensischer politischer Gefangener sowie die Ermöglichung erster humanitärer Hilfslieferungen als Ansätze zur Beendigung des Krieges und zur Schaffung einer dauerhaften Friedenslösung. Allerdings sind wesentliche strukturelle Probleme weiterhin ungelöst: die israelische Blockade des und weitere militärische Präsenz im Gazastreifen, die völkerrechtlich illegale Besetzung des Westjordanlands sowie die dort vorangetriebene gewaltsame Expansion israelischer Siedlungen.
2. Essentieller Bestandteil einer dauerhaften Friedenslösung wird die Beendigung und Bewältigung der exzessiven Gewalt des Krieges und der durch sie ausgelösten Traumata sein müssen. Dies betrifft sowohl die brutale Gewalt der Hamas als auch das von der Regierung Netanjahu gesteuerte menschenverachtende Vorgehen der israelischen Armee in Gaza. Konnte man nach dem Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 – im Kontext der im Zuge mehrmaliger Besetzung seit 1948 eskalierenden Spirale von Gewalt und Gegengewalt – noch von einem legitimen Recht Israels auf Selbstverteidigung sprechen, so ist dies angesichts des überschießenden und unverhältnismäßigen israelischen Vorgehens gegen die palästinensische Zivilbevölkerung heute nicht mehr möglich. Mindestens 71.000 Tote und 170.000 Verwundete aus einer Bevölkerung von zuletzt 2,2 Mio. Menschen, viele davon Frauen und Kinder, sprechen eine deutliche Sprache. Die Wohnstätten, Betriebe, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen samt Infrastruktur liegen weitgehend in Trümmern unter Bergen von Schutt begraben. Niemals wieder, so hat die südafrikanische Regierung betont, darf eine solche Devastierung der Lebenswelt einer Zivilbevölkerung geschehen!
3. Die Zerstörung eines Großteils der Wohn- und Infrastruktur im Gazastreifen, die mehrfache Vertreibung der Bevölkerung aus zuvor als „sicher“ gekennzeichneten Gebieten sowie die gezielte Verwendung von Hunger als Waffe machen deutlich, dass es der derzeitigen israelischen Führung nicht nur um Selbstverteidigung, sondern letztlich um die Vertreibung oder sogar Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung ging. SADOCC unterstützt daher

nach wie vor die Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) wegen Verletzung der UN-Völkermordkonvention von 1948. Vor dem Hintergrund der eigenen leidvollen Geschichte ist Südafrika in besonderer Weise dazu berufen, die jahrzehntelange Vertreibung, Diskriminierung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland anzuprangern, hatte das Regime der Apartheid in Südafrika doch enge Beziehungen zu Israel. Deshalb war der ANC auch immer solidarisch mit der palästinensischen Befreiungsbewegung.

4. Zwar hat der Internationale Gerichtshof noch nicht entschieden, zahlreiche Expertengremien und zuletzt (im September 2025) die „UN Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and Israel“ sehen jedoch den Tatbestand des Genozids als erfüllt an. Andere halten Begriffe wie „systematischen Massenmord“ , „ethnische Säuberung“ o. ä. für eher angebracht, was in der Sache selbst aber keinen Unterschied macht.
5. Israel hat die drei Mal erfolgten Instruktionen des IGH, die Palästinenser/innen in Gaza vor „nicht wiedergutzumachendem Schaden“ zu bewahren, ignoriert. Dies untergräbt die Grundlagen des Völkerrechts und des Systems internationaler Governance. Südafrika selbst, aber auch andere Staaten und Staatengruppen haben deshalb militärische, wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Israel gefordert oder bereits verhängt. Zuletzt hat der IGH Israel aufgefordert die dringend erforderliche humanitäre Hilfe wieder in vollem Umfang zuzulassen und die Arbeit des UN Hilfswerks UNRWA nicht länger zu blockieren.
6. SADOCC verweist in diesem Zusammenhang auf die internationalen Maßnahmen gegen Apartheid-Südafrika, die – im Verein mit dem internen Widerstand – eine wichtige Rolle beim Übergang zur Demokratie und dem Aufbau einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung gespielt haben.
7. Abgesehen von der Katastrophe in Gaza haben politische Führer Südafrikas wie Nelson Mandela oder Desmond Tutu wiederholt auf die strukturelle Ähnlichkeit zwischen dem Apartheidsystem im damaligen Südafrika und der politischen Ordnung in Israel heute verwiesen: Landnahme und Vertreibungen, politische und wirtschaftliche Entrechtung, die soziale Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung in Israel und der Westbank sowie die Zersplitterung ihrer Gebiete durch illegale Siedlungen, welche eine Zwei-Staaten-Lösung verunmöglicht. Auch die von Israel propagierte und von vielen Medien übernommene Rede vom „jüdischen Staat“ ist auf die faktische und konstitutionelle Exklusion der Palästinenser/innen hin ausgerichtet.

8. Wie seinerzeit in Südafrika, wo sich auch Weiße am Kampf gegen Apartheid beteiligten, setzen sich auch in Israel Menschen und Nichtregierungsorganisationen für Gleichberechtigung, ein Ende der Besatzungspolitik und eine politische Lösung des Konflikts ein. Sie verdienen Hochachtung und Unterstützung.
9. SADOCC lehnt die pauschale Diffamierung von Kritik an Israel und insbesondere am Genozid an der palästinensischen Bevölkerung als antisemitisch und „pro Hamas“ entschieden ab. Dieser Vorwurf versucht, einen offenen Diskurs über den Nahostkonflikt zu verhindern. SADOCC geht es darum, für Menschen, die unter Diskriminierung und Verfolgung leiden, die massenhaft zur Flucht gezwungen und gezielt einer Hungerkatastrophe unterworfen werden, solidarisch einzustehen. Gleichzeitig wenden wir uns entschieden gegen jeglichen Antisemitismus und gegen Beschimpfungen oder Bedrohungen jüdischer Mitbürger/innen. Ebenso verurteilen wir Islamophobie und die Abwertung von Mitbürger/inne/n arabischer Herkunft und islamischen Glaubens. Unsere Solidarität mit dem nicht-rassistischen Widerstand in Apartheid-Südafrika hat uns auch sensibel gegenüber Rassismus in anderen Erdteilen und anderen politischen Kontexten gemacht – Solidarität ist nicht teilbar!
10. SADOCC begrüßt daher das Engagement der palästinensischen Community und zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen in Österreich – wie u.a. *Amnesty International*, *Ärzte ohne Grenzen*, *Frauen in Schwarz* oder *standing together* – gegen den Völkermord in Gaza und für eine politische Lösung des Konflikts, um dadurch die Grundlagen für die Durchsetzung einer gerechten Lösung für die palästinensische Bevölkerung zu schaffen.
11. SADOCC fordert von der österreichischen Bundesregierung die diplomatische Anerkennung Palästinas als einen wichtigen Schritt zur Zwei-Staatenlösung auf der Grundlage wechselseitiger Existenzgarantie und friedlicher Koexistenz. Die österreichische Bundesregierung ist aufgefordert sich auf EU-Ebene für ein Waffenembargo gegen Israel einzusetzen und österreichische Ausfuhren von waffentauglichen Komponenten zu unterbinden.

“We know too well that our freedom is incomplete without the freedom of the Palestinians.”

(Nelson Mandela)

Amnesty International: <https://www.amnesty.at/>

Ärzte ohne Grenzen: <https://www.aerzte-ohne-grenzen.at/>

Frauen in Schwarz: <https://womeninblack.org/vigils-around-the-world/europa/austria/>

standing together: <https://www.onestateembassy.com/standingtogethervienna>